

Gottfried May-Stürmer, BUND RV Franken

Beitrag Abschlussdiskussion „Bio braucht demo.kratie“

(sinngemäß aus dem Gedächtnis zusammengefasst)

Für mich waren heute die Beiträge aus der Tschechei und aus Ungarn am interessantesten. Wir sind ja auch als südwestdeutscher mehr nach Westen und nach Südwesten orientiert als nach Osten Umweltverband (ähnlich wie es Frau BM Stuchlik heute morgen dargestellt hat) und haben daher durchaus Informationsdefizite in Bezug auf die östlichen Nachbarländer.

Ein Aspekt, der bei Gesprächen mit Bio-Bauern aus meiner Region immer sofort auftaucht, ist heute vielleicht etwas kurz gekommen, vielleicht weil wir zu höflich sind, ihn unseren sympathischen Gästen aus den Erweiterungsländern unter die Nase zu reiben: Die Befürchtung ist weit verbreitet, dass in den Erweiterungsländern Bio-Produkte erheblich billiger erzeugt werden können als in Deutschland, wegen niedrigerer Kosten für Arbeit und Flächen, und dass dann billige Bio-Produkte unseren Markt überschwemmen.

Auch deshalb finde ich es wichtig und erfreulich, dass, wie wir gehört haben, in der Tschechei viel Energie in den Aufbau eigener regionaler Vermarktungsstrukturen gesteckt wird. Ich halte es geradezu für überlebensnotwendig, dass die Bio-Verbände in allen Ländern eigene regionale Märkte aufbauen – wer sich nur auf Export verlässt, ist den Abnehmern ausgeliefert.

Dafür müssen die richtigen politischen Rahmenbedingungen gesetzt werden. Was jetzt ansteht, ist die Umsetzung der Luxemburger Beschlüsse. Dabei ist zuerst zu entscheiden, ob die Entkopplung als einheitliche Flächenprämie oder nach dem Betriebsreferenzmodell umgesetzt wird. Die Umweltverbände haben sich massiv für die Flächenprämie eingesetzt und begrüßen, dass diese jetzt in Deutschland wohl eingeführt werden soll. Die Befürchtung, die vorher geäußert wurde, dass dann große Betriebe noch gieriger auf die Flächen der Kleinen sind als bisher, ist, denke ich, unbegründet. Schon seit der Agrarreform von 1992 werden Direktzahlungen für Flächen geleistet, aber in unterschiedlicher Höhe: Für Mais gibt es mehr als für Weizen, für Grünland gar nichts. Bei einer einheitlichen Prämie für alle Acker- und Grünlandflächen müsste zumindest die Gier nach ackerfähigen Flächen nachlassen.

Dann der „National envelope“, von dem in Baden-Württemberg seltsamerweise überhaupt nicht die Rede ist: Die Möglichkeit, zusätzlich zur Pflicht-Modulation weitere 10 % der Direktzahlungen für spezielle Programme im Tier-, Natur-, Umwelt- und Verbraucherschutz umzuwidmen, muss unbedingt ergriffen werden! Hier sehe ich große Chancen für den Öko-Landbau, gerade für den Aufbau von Vermarktungsstrukturen.

Die landwirtschaftlichen Betriebe stehen jetzt vor der Entscheidung, an welchen Vorbildern sie sich orientieren: An der riesigen Schweinemastanlage, an der Eierfabrik oder am nachhaltig, im besten Fall ökologisch wirtschaftenden Betrieb? Sehr wichtig ist jetzt, dass nicht wieder Fehlentwicklungen gefördert werden. Warum setzt sich denn Bayern für das Betriebs-Referenz-Modell ein? Dabei geht es doch um die Bullenmäster, die mit einer verfehlten Förderpolitik in eine Sackgasse gelockt wurden. Neue derartige Fehlentwicklungen müssen in den Beitrittsländern auf alle Fälle vermieden werden!

Elektronpost: bund.franken@bund.net